

Aktuelles aus der psychosozialen Fach- und Berufspolitik der DGVT und des DGVT-BV

Ausgabe 1/2019 – 31. Januar 2019



Inhalt

- » Aus der DGVT
- » Berichte aus den Landesgruppen
- » Fach- und berufspolitische Informationen
- » Kleine Anfragen der Fraktionen im Bundestag
- » Kinder und Jugendliche
- » Informationen zur Versorgung von Geflüchteten
- » Angestellte
- » Niedergelassene
- » Regionales
- » Termine – DGVT-Fortbildung
- » Termine – DGVT-BV-Fortbildung
- » Termine Landesgruppen
- » Weltkongress
- » Und „last not least“

Liebe Mitglieder,

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn hat uns bereits ein turbulentes Jahr 2018 mit dem Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) beschert und 2019 scheint nicht minder arbeitsreich für uns zu werden.

Die DGVT lehnt eine „gestufte und gesteuerte psychotherapeutische Versorgung“, wie sie mit dem TSVG geplant ist, ab. Bereits die erste Anhörung zum TSVG im Bundestags-Gesundheitsausschuss am 16.1.2019 hat gezeigt, dass der Gesetz-Entwurf nachgebessert werden muss. Bis auf die CDU sprachen sich alle Fraktions-Vertreter*innen für die Streichung des geplanten § 92 Abs. 6a SGB V aus. Minister Spahn bleibt nun Zeit bis zum 13.2.2019, dann findet die 2. Anhörung vor dem Gesundheitsausschuss statt. Die abschließenden Lesungen für das TSVG sind im März 2019 geplant.

Gleich zu Beginn des Jahres legte das BMG einen 76-seitigen Referentenentwurf des "Psychotherapeutenausbildungsreformgesetzes" (kurz: PsychThGAusbRefG) vor, welches das bisherige Psychotherapeutengesetz (PsychThG) ablösen wird.

Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) hat die Verbände aufgefordert, ihre Stellungnahmen zum Gesetzentwurf bis Ende Januar einzureichen. Die DGVT hat den Referentenentwurf bereits intensiv geprüft und bewertet. Die schriftliche Stellungnahme dazu ist auf der Homepage veröffentlicht. Zusätzlich hat die DGVT-PiA-AG auch eigenständig Stellung bezogen und vor allen Dingen fehlende Übergangsregelungen für heutige PiAs angemahnt.

Anfang Februar findet im BMG eine Verbändeanhörung zur Ausbildungsreform statt, an der die DGVT teilnehmen wird.

Zwei große Themen, die für unsere Mitglieder und unseren Verband von großer Bedeutung sind. Wir werden über die Weiterentwicklungen berichten – im Newsletter und auch auf unserer Homepage sowie den Mailinglisten von DGVT und DGVT-Berufsverband (Anmeldungen über dgvt@dgvt.de bzw. info@dgvt-bv.de).

Mit den besten Grüßen aus der Bundesgeschäftsstelle,
Waltraud Deubert und Kerstin Burgdorf

Aus der DGVT

- **Referentenentwurf zum Psychotherapeutenausbildungsreformgesetz - Stellungnahme der DGVT und des DGVT-Berufsverbands**

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn hat am 3.1.2019, einen Referentenentwurf für eine Novelle des Psychotherapeutengesetzes vorgelegt. Sie soll den Beruf der Psychotherapeut*innen auf eine neue Grundlage stellen und die Ausbildung bundesweit einheitlich gestalten. Ein Direktstudium (Bachelor, Master) soll künftig nach einer staatlichen Prüfung zur Approbation führen.

Stellungnahme der DGVT vom 29.1.2019 [hier](#).

Presseinformation der DGVT vom 9.1.2019 [hier](#).

Referentenentwurf [hier](#).

- **Stellungnahme der DGVT-PiA-AG zum Referentenentwurf zum Psychotherapeutenausbildungsreformgesetz**

Mit dem Referentenentwurf ist ein erster wichtiger Schritt zu einer Veränderung der prekären Zustände der jetzigen Psychotherapeut*innenausbildung gemacht. Dennoch hat die DGVT-PiA-AG einige Kritikpunkte festgestellt und gibt hierzu ihre Stellungnahme ab.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) – Ändert Spahn doch die umstrittenen Regelungen zur gestuften und gesteuerten Versorgung?**

Die erste Runde der Anhörung zum TSVG am Mittwoch, 16.1.19, im Gesundheitsausschuss des Bundestags verlief erwartungsgemäß kontrovers. Alexandra Rohe und Alfred Luttermann, Berlin, haben für die DGVT an der Anhörung teilgenommen.

Der Präsident der Bundespsychotherapeutenkammer, Dr. Dietrich Munz, hat Erleichterungen der Zulassungen für Psychotherapeut*innen bei der Anhörung gefordert. In ländlichen Regionen und in Nordrhein-Westfalen könnten derzeit Wartezeiten von sechs Monaten und mehr entstehen, sagte Munz auf eine Frage aus der SPD-Fraktion.

Am 18.1.19 fand eine sog. Dialogveranstaltung der KBV und der Ärzte- und Psychotherapeuten-Verbände mit Gesundheitsminister Jens Spahn in Berlin statt.

In der Woche nach den verschiedenen Terminen zum TSVG war aus Berlin zu vernehmen, dass Minister Spahn die geplanten Regelungen zur gestuften und gesteuerten psychotherapeutischen Versorgung in seinem Gesetz-Entwurf noch ändern werde.

Der Beratungsbedarf bei den Gesundheitspolitiker*innen zum TSVG ist noch nicht ganz gestillt, so dass für den 13. Februar eine weitere Anhörung im Gesundheitsausschuss zum TSVG anberaumt wurde – die DGVT bleibt weiter aktiv im Protest gegen die geplanten Änderungen des BMG!

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Mitarbeit der DGVT in der Bundesvereinigung Prävention und Gesundheit e. V. (BVPG)**

Die Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung e.V. (BVPG) mit Geschäftsstelle in Bonn wurde 1954 gegründet und ist ein gemeinnütziger, politisch und konfessionell unabhängiger Verband. 133 Organisationen sind zur Zeit Mitglied der BVPG, darunter vor allem Bundesverbände des Gesundheitswesens, die einen Arbeitsschwerpunkt im Bereich 'Prävention und Gesundheitsför-

derung' aufweisen (z.B. die Bundesärztekammer, die Spitzenverbände der Krankenkassen sowie Verbände der Heil- und Hilfsberufe, aber auch Bildungseinrichtungen und Akademien).

Die BVPG vertritt in der Regel nicht die partikulären Interessen einzelner Mitgliedsverbände, sondern setzt sich insgesamt für Strukturertalt und Strukturverbesserungen in dem Bereich Prävention und Gesundheitsförderung in Deutschland ein.

An zwei Veranstaltungen hat die DGVT zuletzt teilgenommen, und zwar am 10.12.18 zum Thema "Sind psychische Krankheiten ansteckend?" Und am 20.11. zum Thema "Prävention und Gesundheitsförderung vor Ort – Gestaltungspielräume erkennen und nutzen".

Weitere Informationen zu den Tagungen finden Sie [hier](#) und [hier](#).

- **DGfB-Kongress Counselling Conference Cologne - Tagungsbericht, 22.-24.11.2018**
Die 2018 von der Deutschen Gesellschaft für Beratung (DGfB) ausgerichtete, zweisprachige Annual Conference der European Association for Counselling „Counselling Conference Cologne“ stand unter dem Motto „Ressourcenorientierung und Peer-Support“. Sie fand, wie es der Titel bereits nahelegt, am Arbeitsbereich Beratungsforschung der Humanistischen Fakultät der Universität Köln statt. In den drei Tagen fanden insgesamt neun Vorträge und ein 90-Min-Slot mit sechs zur Auswahl stehenden Workshops statt.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **DGVT beteiligt sich an Armutskongress 2019 in Berlin**
Baustelle Deutschland. Solidarisch anpacken! Am 10. und 11. April 2019 wird sich der Armutskongress 2019 in Vorträgen, Fachforen und Workshops gemeinsam den skizzierten Fragen stellen. Bei dem Kongress werden Stimmen aus Praxis und Wissenschaft, von Betroffenen und Aktivist*innen zu Wort kommen. Auch europäische Gäste sind herzlich eingeladen, um das Thema angesichts der bevorstehenden Europawahl auch aus dieser Perspektive zu betrachten.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Berichte aus den Landesgruppen

- **Bericht vom DGVT-Länderrat in Hamburg**
Der DGVT-Länderrat (je ein*e Vertreter*in der DGVT-Landesgruppen) tagte am 25./26. Januar 2019 in den Räumlichkeiten des DGVT-Ausbildungszentrums Hamburg. Wie gewohnt startete die Tagesordnung mit den Berichten aus den Ländern und den Landeskammern. Im Zuge dessen wurde auch ein neues Mitglied im Länderrat begrüßt: Alexandra Rohe wurde für Berlin in den Länderrat delegiert.
Für dieses Jahr September soll eine Klausurtagung für Landessprecher*innen geplant werden. Hierzu werden die Landessprecher*innen aller Länder eingeladen. Inhaltlich sollen dabei Aspekte wie bspw. die Aufgaben von Landessprecher*innen, die Kommunikationswege und Vernetzung im Land sowie die regionalen Besonderheiten der Landesgruppen aufgegriffen werden. Ein wichtiges inhaltliches Thema des Länderratstreffens war der Referentenentwurf zum Psychotherapeutengesetz. Hier ergaben sich spannende Diskussionen. Der Länderrat formulierte abschließend eine Positionierung, die in die vereinsinterne Diskussion eingebracht wurde.

Fach- und berufspolitische Informationen

- **Die Widerspruchslösung steht für eine Kultur pro Organspende**
Vorbild Niederlande? Das Nachbarland hat bei der Organspende die Widerspruchslösung eingeführt. Angesichts der im Vergleich zu anderen Ländern geringen Zahl gespendeter Organe fordern die Deutsche Transplantationsgesellschaft (DTG) und die Deutsche Gesellschaft für Nephrologie (DGfN) diese Lösung auch für Deutschland. Im „Interview des Monats“ erklärt DTG-Präsident Prof. Bern-

hard Banas, was er sich von der Widerspruchslösung erhofft und welche weiteren Veränderungen hierzulande überfällig sind.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Über die Durchsetzbarkeit von Patient*inneninteressen - Interview Dr. Ilona Köster-Steinebach (Aktionsbündnis Patientensicherheit)**

Versicherte können ihre Interessen relativ gut durchsetzen, anders sieht es bei Patient*innen aus. In dem Moment, in dem sie am dringendsten auf das Gesundheitswesen angewiesen ist, sind sie am wenigsten durchsetzungsfähig, sagt die langjährige Patientenvertreterin Dr. Ilona Köster-Steinebach. Im Gemeinsamen Bundesausschuss hat sie die Erfahrung gemacht, „dass es den anderen Bänken schwerer fällt, ihre Interessen durchzusetzen, wenn sie dabei den Patientenvertreter*innen in die Augen blicken müssen“. Mehr über die Durchsetzbarkeit von Patienteninteressen lesen Sie im Interview.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Digitalisierung kann Transparenz zum Wohl von Diagnostik und Therapie bringen – Interview mit Prof. Judith Simon (Mitglied des Deutschen Ethikrates und der Datenethikkommission der Bundesregierung)**

Computereethik, wertebasiertes Programmieren – was hat man sich darunter vorzustellen? Was sind konkrete Anwendungsfelder im Gesundheitswesen? Prof. Judith Simon, Inhaberin des Lehrstuhls für Ethik in der Informationstechnologie an der Universität Hamburg, erklärt es im Interview des Monats.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Konzernbildung bei MVZs: Politik zeigt Problembewusstsein**

Als der Deutsche Ärztetag im Mai 2018 forderte, der zunehmenden Konzernbildung im Gesundheitswesen Einhalt zu gebieten, war das Thema zumindest für die breite Öffentlichkeit relativ neu. Mittlerweile wird der wachsende Einfluss von Private-Equity-Gesellschaften auf die ambulante Versorgung häufiger in Politik und Medien thematisiert. Die Bundesärztekammer beschäftigte sich auf ihrer Tagung „BÄK im Dialog“ am 20. November 2018 intensiv mit der Thematik und wird sich auch weiterhin aus rechtlicher und versorgungspolitischer Perspektive dieser Entwicklung widmen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Claudia Schmidtke wird neue Patientenbeauftragte der Bundesregierung**

Die Lübecker CDU-Abgeordnete Claudia Schmidtke wird neue Patientenbeauftragte der Bundesregierung. Die 52-jährige Medizinprofessorin und Herzchirurgin soll ihr Amt, das seit zwei Monaten vakant ist, zeitnah antreten. Der vormalige Patientenbeauftragte Ralph Brauksiepe hatte sich nach nur einem halben Jahr in die Wirtschaft verabschiedet.

Schmidtke kennt sich in der Gesundheitsszene gut aus. Sie war leitende Oberärztin und stellvertretende Chefärztin in der Herz- und Gefäßchirurgie des Herzzentrums Bad Segeberg. Zudem hat sie berufs begleitend Gesundheitsökonomie studiert, sich auch in Gendermedizin fortgebildet und ist Mitglied im Promotionsausschuss der Universität Lübeck.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Flyer, Jahresberichte und Broschüren des IQWiG**

Mit seinen Jahresberichten und Broschüren informiert das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen über seine Arbeit, das heißt inhaltliche Meilensteine des jeweiligen Jahres und formale Angaben zum Institut.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **G-BA-Vorsitzender Hecken plädiert für verpflichtende Datenspende**

Der GBA-Vorsitzende Josef Hecken spricht sich für eine verpflichtende Datenspende aus, wie er beim Fraktionskongress „Zukunft E-Health“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sagte. Das berichtet das Ärzteblatt. Im kommenden Jahr wolle der Gesetzgeber ohnehin die Möglichkeiten einer freiwilligen Datenspende schaffen. Nur maximal fünf Prozent der Krankenhausdaten lägen derzeit digital vor. Das trage auch dazu bei, dass eine strukturierte Nutzung von Patientendaten derzeit nicht möglich sei.

Hecken sieht vor allem bei der Versorgungsforschung große Lücken. Um diese zu verbessern, müsse darüber nachgedacht werden, „in bestimmten Bereichen Patient*innen zu verpflichten, ihre Daten zur Verfügung zu stellen“, sagte er.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Sachverständigenrat Gesundheit - Spahn räumt Kritiker Wille aus dem Weg**
Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) baut den Sachverständigenrat für Gesundheit um: Dem Gremium gehören ab Februar die Berliner Ökonomin Prof. Beate Jochimsen und der Heidelberger Mediziner Prof. Christof von Kalle an, berichtet die "Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung". Jochimsen hatte in der vorigen Wahlperiode in der Bundestagskommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität" mitgewirkt, die parallel zur Regierungsinitiative "Gut leben in Deutschland" über Glücksindikatoren als Alternative zum Bruttoinlandsprodukt beriet. Der Onkologe von Kalle habe in der Vergangenheit hohe Ausgaben für die Therapie von Tumorerkrankungen verteidigt, berichtet die Zeitung weiter.
Die beiden lösten die Medizinerin Prof. Marion Haubitz und den Ökonomen Prof. Eberhard Wille, den langjährigen Vorsitzenden des Gremiums, der sich zuletzt im Streit über die Senkung der Zusatzbeiträge für die Krankenkassen mit Spahn angelegt hatte, ab. Das Gremium besteht aus insgesamt sieben Professoren der Bereiche Medizin, Wirtschaftswissenschaft und Pflegewissenschaft.
Spahn formulierte laut Bericht die Erwartung, dass der Sachverständigenrat künftig "Themen wie Digitalisierung, Big Data und Künstliche Intelligenz" stärker in den Blick nehmen solle.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Agenda 2030 der Vereinten Nationen - Ziele für nachhaltige Entwicklung: Bericht 2018**
Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung wurde von allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen im Jahr 2015 angenommen und bietet ein gemeinsames Konzept für Frieden und Wohlstand für die Menschen und den Planeten, jetzt und in der Zukunft. Im Mittelpunkt stehen die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs), die einen dringenden Handlungsbedarf für alle Länder – entwickelte und sich entwickelnde – in einer globalen Partnerschaft darstellen. Sie erkennen an, dass die Beendigung von Armut und anderen Benachteiligungen Hand in Hand gehen muss mit Strategien zur Verbesserung von Gesundheit und Bildung, zur Verringerung der Ungleichheit und zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums – und das alles bei gleichzeitiger Bekämpfung des Klimawandels und zur Erhaltung unserer Ozeane und Wälder.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Neuer Ratgeber zum Thema „Grundsicherung nach dem SGB XII“ erschienen: Hilfreiche Tipps für Menschen mit Behinderung und Eltern behinderter Kinder**
Aktuelle Informationen zur Grundsicherung und zur aktuellen Rechtsprechung erhalten Interessierte auf der Internetseite des bvkm (www.bvkm.de > Rubrik „Recht & Ratgeber“).
Das Merkblatt steht im Internet als Download unter www.bvkm.de in der Rubrik „Recht & Ratgeber“ zur Verfügung. Es kann auch in gedruckter Form bestellt werden über versand@bvkm.de oder www.bvkm.de/verlag, bei größeren Mengen werden die Portokosten in Rechnung gestellt.

Kleine Anfragen der Fraktionen im Bundestag

- **Psychotherapeutische Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen**
Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen befasst sich in einer Kleinen Anfrage (19/6914) mit der psychotherapeutischen Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen. Insbesondere will die Fraktion Informationen zu den Wartezeiten, zur Bedarfsplanung, zum Wirken der Terminservicestellen, zur sektorübergreifenden Versorgung und zu den geplanten Regelungen zur psychotherapeutischen Behandlung im Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) erhalten.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Anfrage der Linken zur Einflussnahme auf den TVSG-Entwurf**
 Die Fraktion Die Linke befasst sich in einer Kleinen Anfrage mit der Einflussnahme von Interessenvertreter*innen auf den Entwurf für das Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG). Die Mitglieder des Bundestages wüssten wenig Konkretes über die Erkenntnisquellen des Gesetzentwurfs, die gegebenenfalls durch externe Dritte eingeführt worden seien. Die Abgeordneten wollen von der Bundesregierung nun wissen, wer in welcher Form an der Erarbeitung des Entwurfs beteiligt war und welche Regelungsvorschläge übernommen worden sind.
 Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Kleine Anfrage der FDP zur Evaluation des § 219a StGB**
 Den Zusammenhang zwischen dem Bestehen von Paragraf 219a des Strafgesetzbuches und der Häufigkeit von Schwangerschaftsabbrüchen erfragt die Fraktion der FDP in einer Kleinen Anfrage. Weiter erkundigen sich die Abgeordneten nach Datenmaterial zu einem etwaigen Zusammenhang und den Bemühungen der Bundesregierung, um die Wirkungen und Zusammenhänge des Paragrafen 219a, der Werbung für einen Schwangerschaftsabbruch verbietet, zu erforschen. Für den Fall, dass keine methodische Überprüfung stattfand, wollen die Fragesteller wissen, aus welchem Grund noch keine Studien oder Evaluierungen durchgeführt wurden.
 Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Keine Datenschutzexperimente bei Gesundheitsdaten! Kleine Anfrage der SPD**
 Dirk Heidenblut, SPD-Bundestagsabgeordneter und zuständig für E-Health im Gesundheitsausschuss, sieht die derzeitige Diskussion um den Datenschutz kritisch: "Den Datenschutz aufzuweichen oder für die Nutzung von Gesundheitsdaten in Frage zu stellen, ist der völlig falsche Weg." Das Gesundheitsministerium müsse vielmehr endlich die großen Probleme im Bereich der Digitalisierung im Gesundheitswesen anpacken, statt mit Trippelschritten voranzugehen. Allerdings müssten die Patient*innen auf einen guten Datenschutz bauen können. „Wir brauchen endlich eine von der Selbstverwaltung unabhängige Digitalisierungsagentur“, so Heidenblut.
 Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Anfrage der FDP-Fraktion zur Anpassungen der HIVHG-Leistungen**
 Die soziale Lage der in den 1980er Jahren mit HIV infizierten Bluter ist Thema einer Kleinen Anfrage der FDP-Fraktion. Die Betroffenen erhielten monatliche Zahlungen über eine Stiftung. Inzwischen seien lebenslange Entschädigungszahlungen gesichert. In einer Studie von 2014 werde jedoch empfohlen, auch einen Inflationsausgleich zu gewähren, zumal sich der Gesundheitszustand der Infizierten verschlechtert habe. Die Abgeordneten wollen nun wissen, wie die Bundesregierung die soziale und finanzielle Lage der Betroffenen bewertet und ob ein rückwirkender Inflationsausgleich geplant ist. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Antwort der Bundesregierung: Aufklärung zur Organ- und Gewebespende durch die BzGA**
 Informationen erhöhen nach Einschätzung der Bundesregierung die Akzeptanz für Organspenden. Eine Studie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) belege, dass Menschen, die gut informiert seien, eher einen Organspendenausweis ausfüllten und der Organspende positiv gegenüber stünden, heißt es in der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Die Ergebnisse der jüngsten Repräsentativbefragung der BZgA zeigten, dass die positive Einstellung zum Thema Organ- und Gewebespende in Deutschland derzeit mit 84% so hoch sei wie nie zuvor. Auch besäßen immer mehr Menschen einen Organspendenausweis. Der Anteil der Ausweisinhabenden sei von 22% im Jahr 2012 auf 36% 2018 gestiegen. Allerdings bestehe immer noch ein erhöhter Informationsbedarf in der Bevölkerung, dem die BZgA "zielgruppenspezifisch" begegne.
 Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Cannabisagentur verteilt die Zuschläge zur Medizinalhanfproduktion erst im zweiten Quartal 2019**
 Das für die Regulierung verantwortliche Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) will die Zuschläge bei der Ausschreibung für mögliche Produzenten von Cannabis für the-

rapeutische Zwecke erst im zweiten Quartal 2019 bestimmen. Das geht aus einer Antwort des Gesundheitsministeriums auf eine FDP-Anfrage hervor, melden die Funke-Zeitungen. Geplant war, dass die Aufträge im ersten Quartal des neuen Jahres vergeben werden. Die Regierung geht weiterhin davon aus, dass eine erste Ernte des sog. Medizinalcannabis aus dem Anbau in Deutschland im Jahr 2020 erfolgen kann.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Anfrage der Linken zur Einflussnahme auf den PpSG-Entwurf**

Die Fraktion Die Linke hinterfragt die Einflussnahme von Interessenvertreter*innen auf den Entwurf für das Pflegepersonal-Stärkungsgesetz (PpSG). Die Mitglieder des Bundestages wüssten wenig Konkretes über die Erkenntnisquellen des Gesetzentwurfs, die gegebenenfalls durch externe Dritte eingeführt worden seien, heißt es in einer Kleinen Anfrage der Fraktion. Die Abgeordneten wollen von der Bundesregierung nun erfahren, nach welchen Kriterien und mit welchen konkreten Auswirkungen Verbände, Unternehmen, Organisationen oder Institutionen an der Erarbeitung des Gesetzentwurfes beteiligt wurden.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Studie PremiumCircle „Leistungsvergleich GKV-PKV“ (Zusammenfassung)**

Die gesetzliche Krankenversicherung bietet eine gute Versorgung – auch im Vergleich zu den besten Tarifen privater Krankenkversicherer. Das ist das Ergebnis einer Studie von PremiumCircle Deutschland (PCD) im Auftrag der Grünen Bundestagsfraktion, die diese am 28.12. vorgestellt hat. Die wiederkehrende Behauptung, die gesetzliche Krankenversicherung sei nur zweitklassig, werde mit dieser Untersuchung klar widerlegt. Etliche Anbieter privater Krankenversicherung könnten wiederum selbst in ihren leistungsstärksten und auch teuersten Tarifen nicht einmal elementare Leistungen vertraglich garantieren. Auch das zeige die Studie.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Kinder und Jugendliche

- **WiDO-Heilmittelbericht 2018**

In den letzten zehn Jahren stieg die Zahl der diagnostizierten Entwicklungsstörungen bei Kindern zwischen fünf und sieben Jahren um 26,5%. Der Anteil der Kinder mit einer Logo- oder Ergotherapie nahm im gleichen Zeitraum jedoch nur um 8,2% zu und ist seit 2015 sogar leicht rückläufig, wie der aktuelle Heilmittelbericht des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WiDO) zeigt. Über 82% der diagnostizierten Entwicklungsstörungen betreffen die Sprech- und Sprachentwicklung, Störungen der motorischen Entwicklung liegen mit gut 22% auf dem zweiten Platz.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **AOK-Familienstudie 2018: So gesund sind Eltern und Kinder**

Die meisten Eltern in Deutschland sind mit ihrem Familienleben zufrieden. Das zeigt die neue AOK-Familienstudie. Schwerpunkt der Befragung ist das Thema Bewegung und wie Familien diese im Alltag umsetzen können. Während sich die drei bisherigen Untersuchungen schwerpunktmäßig mit Ritualen im Familienalltag, der Gesundheitserziehung sowie der Gesundheit von Eltern und Kindern beschäftigten, lag der Fokus diesmal auf dem Thema Bewegung. Denn Kinder, die sich regelmäßig bewegen, sind nicht nur körperlich fitter. Auch ihre geistige Entwicklung profitiert. Für Erwachsene ist Sport ebenfalls wichtig, etwa um Erkrankungen wie Diabetes oder Rückenschmerzen vorzubeugen und insgesamt eine bessere Lebensqualität zu haben. Darüber hinaus sind Eltern wichtige Vorbilder für ihre Kinder, wenn es um deren Einstellung zu Sport und Bewegung geht.

In vielen deutschen Familien kommt Bewegung zu kurz. Das verdeutlicht die heute veröffentlichte Umfrage im Rahmen der "AOK-Familienstudie 2018", die das IGES-Institut unter rund 5.000 Müttern und Vätern im Auftrag des AOK-Bundesverbandes durchgeführt hat. Zwar bewegen sich 45 Prozent der befragten Eltern täglich mit ihren Kindern, für jede dritte Familie spielt körperliche Aktivität in der Freizeit aber überhaupt keine Rolle. Ein Grund könnte der zeitliche Stress von Eltern sein, den

40 Prozent der Befragten als größten Belastungsfaktor ansehen. Nicht verwunderlich ist demnach auch, dass es nur 28 Prozent der Eltern gelingt, Sport und Fitness zu betreiben. Zwar ist die zeitliche Belastung im Vergleich zur letzten Studie vor vier Jahren leicht - um sechs Prozent - zurückgegangen, dafür sind aber die partnerschaftlichen Probleme im selben Maße angestiegen. Mittlerweile ist jeder Fünfte (20 Prozent) davon betroffen, 2014 waren es nur 14 Prozent.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Studie Zukunft Gesundheit 2018 - Jungen Bundesbürgern auf den Puls gefühlt**

Die Studie unter 14- bis 34-Jährigen wurde im Auftrag der Schwenninger Krankenkasse und in Kooperation mit der Stiftung „Die Gesundarbeiter – Zukunftsverantwortung Gesundheit“ Villingen-Schwenningen, durchgeführt.

Die Studie zeigt, dass bereits 55 Prozent der jungen Bundesbürger*innen über gesundheitliche Probleme klagen – bei Frauen sind es sogar 65 Prozent. Zwei Drittel führen ihre gesundheitlichen Beeinträchtigungen dabei selbstkritisch auf ein ungesundes Leben mit schlechter Ernährung zurück. Besorgniserregend ist vor allem der Trend zu mehr Fast Food: Die Zahl derer, die Mahlzeiten häufig durch schnelle Snacks unterwegs ersetzen, nimmt seit 2014 kontinuierlich zu und liegt inzwischen bei 60 Prozent.

Die Studie zeigt außerdem: Junge Menschen dieser Altersgruppe klagen mehr als andere junge Bundesbürger*innen über Schlafmangel. „Es zeigt sich schon in jungen Jahren: Ein ungesundes Leben mit zu wenig Schlaf ist Raubbau am eigenen Körper“, so die Ärztin der Schwenninger.

Die Studie bildet auch positive Aspekte ab: So gehen junge Menschen inzwischen kritischer mit dem Thema Rauchen um. Ein Viertel derjenigen, die sich nicht rundum gesund fühlen, spüren, dass ihnen Rauchen schadet, egal ob es sich um klassische oder E-Zigaretten handelt.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Missbrauchsbeauftragter Rörig hat Arbeitsgruppe „Aufarbeitung Kirchen eingesetzt - 9 Jahre „Missbrauchsskandal“**

Die „Aufarbeitung von sexueller Gewalt gegen Minderjährige darf nicht mehr aufgehalten werden!“, so der Missbrauchsbeauftragte Rörig. Er hat eine Arbeitsgruppe „Aufarbeitung Kirchen“ eingesetzt und Ende 2018 begonnen, mit kirchlichen und staatlichen Vertretern in einen Dialogprozess zu treten. Ziel ist es, Kriterien und Standards der Aufarbeitung zu klären. Mit Blick auf die Aufarbeitung im kirchlichen Kontext sei 2018 ein wegweisendes Jahr gewesen.

Ende Dezember 2018 hat Rörig gemeinsam mit Mitgliedern der Aufarbeitungskommission und des Betroffenenrates eine Arbeitsgruppe „Aufarbeitung Kirchen“ eingesetzt. Die Arbeitsgruppe hat Eckpunkte für eine umfassende Aufklärung und unabhängige Aufarbeitung entwickelt, die in den kommenden Wochen mit Vertretern der evangelischen und katholischen Kirche, Ressorts der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages erörtert werden. Rörig möchte die staatliche Seite dafür gewinnen, die kirchliche Aufarbeitung zu unterstützen. Gemeinsam sollten Kriterien und Standards zur Betroffenenbeteiligung, Einrichtung unabhängiger Aufarbeitungskommissionen in den Bistümern und Landeskirchen, und Zugangsbefugnissen zu Akten und Archiven sowie Entschädigungsfragen erörtert und möglichst festgelegt werden. „Insbesondere die Frage nach einer angemessenen Entschädigung ist für viele Betroffene nach wie vor eine offene Wunde“, so Rörig.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Informationen zur Versorgung von Geflüchteten

- **Entwurf für Beschäftigungsduldungsgesetz verabschiedet**

Die Bundesregierung hat in ihrer Sitzung vom 19. Dezember 2018 das Beschäftigungsduldungsgesetz beschlossen. Mit der neu eingeführten Beschäftigungsduldung werden klare Kriterien für einen verlässlichen Status Geduldeter definiert, die ihren Lebensunterhalt durch eine Erwerbstätigkeit selbst sichern und die gut integriert sind. Diese Beschäftigungsduldung kann nach 30 Monaten bei Vorliegen der Voraussetzungen und verbesserten Sprachkenntnissen in eine Aufenthaltserlaubnis führen. Hinsichtlich der bereits bestehenden Regelung der Ausbildungsduldung werden wesentliche Voraus-

setzungen konkretisiert, um eine bundeseinheitliche Anwendungspraxis zu ermöglichen. Zudem werden staatlich anerkannte oder vergleichbar geregelte Assistenz- und Helferberufe einbezogen, soweit darauf eine qualifizierte Ausbildung in einem Mangelberuf folgt. Somit hält die Bundesregierung am Grundsatz der Trennung von Asyl und Erwerbsmigration fest.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **SEGEMI (Seelische Gesundheit, Migration und Flucht) bittet um die Unterstützung unserer Mitglieder: Räume und Spenden**

Liebe UnterstützerInnen, sehr geehrte Damen und Herren, liebe FreundInnen, der gemeinnützige Verein SEGEMI - Seelische Gesundheit Migration und Flucht (www.segemi.org) verfolgt das Ziel, traumatisierten und psychisch erkrankten Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrung in der Metropolregion Hamburg professionell zu helfen.

Erwachsene, Familien, Kinder und Jugendliche erhalten in der Psychosozialen Beratungsstelle kostenlos und formlos Hilfe von PsychotherapeutInnen und PsychiaterInnen gemeinsam mit qualifizierten SprachmittlerInnen. Wir ergänzen an dieser Stelle das ambulante Versorgungssystem, das aus unterschiedlichen Gründen (Aufenthaltsstatus, Sprachbarrieren, Systemüberlastung, etc.) für diese KlientInnen schwer zugänglich ist.

Allerdings stoßen wir derzeit an unsere Kapazitäts- und finanziellen Ressourcengrenzen. Die Anzahl der Hilfesuchenden ist in den letzten Monaten enorm gestiegen. Aufgrund unserer begrenzten Ressourcen, sahen wir uns leider gezwungen die Warteliste, die auf über 160 Personen angewachsen ist, Ende des Jahres vorerst zu schließen.

Mit einer Spende könnten Sie dazu beitragen, dass wir mit zusätzlichen Honorarmitteln, die Warteliste wieder öffnen und mehr Menschen in Not versorgen können. Das Spendenkonto finden Sie [hier](#). Sie erhalten selbstverständlich eine Spendenbescheinigung.

Darüber hinaus suchen wir neue Räumlichkeiten, weil wir am bisherigen Ort, Adenauerallee 10, leider nicht bleiben können. Vielleicht verfügen Sie über Praxis- oder Büroräume oder kennen jemanden, der uns eine neue Heimat anbieten kann. Wir benötigen:

- Raumgröße: ab 140 qm
- Mietzeitraum: ab sofort, spätestens zum 31.7.2019
- Zimmeranzahl: 5+, ein Gruppenraum und Wartebereich
- Lage: Ideal in der Nähe des Hamburger Hauptbahnhofs

Wir würden uns sehr über Ihre Kontaktaufnahme freuen.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr SEGEMI-Vorstand

- **Flüchtlinge – keine große Krankheitsgefahr**

Das WHO-Regionalbüro für Europa hat seinen ersten Bericht zur Gesundheit von Migranten vorgelegt. Demnach würden Flüchtlinge erst während ihres Aufenthaltes in einem der 53 Länder der Region anfälliger für Krankheiten, als sie es vor der Migration gewesen seien. Migranten seien bei ihrer Ankunft in den Aufnahmeländern im Vergleich zur dortigen Bevölkerung offenbar seltener von vielen nichtübertragbaren Krankheiten betroffen, doch wenn sie in Armut lebten, erhöhe sich im Laufe ihres Aufenthaltes die Anfälligkeit für Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Schlaganfälle und Krebserkrankungen. Da Migranten und Flüchtlinge oft ihre Gewohnheiten dahin gehend änderten, dass sie sich weniger bewegten und weniger gesund aßen, würden sie auch anfälliger gegenüber Risikofaktoren für chronische Krankheiten.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Angestellte

- **Angestellte Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten organisieren sich!**

Am 13. Januar 2019 fand in Frankfurt/Main die zweite Sitzung der neu gegründeten Bundesvereinigung angestellter Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten (BVAP) statt. Es ging um weitere Stärkung der Zusammenarbeit und auch – ganz aktuell – um eine Positionierung zum gerade vom

Bundesgesundheitsministerium vorgelegten Referentenentwurf für ein reformiertes Psychotherapeutengesetz. Neun Teilnehmer/innen von acht Verbänden nahmen an der Besprechung teil: Neben Vertretern der Angestellten-AGs der großen psychotherapeutischen Berufsverbände (DGVT-BV und DPTV) waren u.a. auch Vertreter von fachspezifischen Verbänden (Sucht, Diabetes, Rehabilitation, Beratungsstellen, Kliniken) sowie ver.di-Vertreter dabei. Es wurden Grundzüge einer gemeinsamen Geschäftsordnung besprochen, sie soll zur nächsten Sitzung vorliegen. Als Sprecher der Runde wurde für das kommende Jahr Heiner Vogel nominiert. Die Beratung zum Psychotherapeutengesetz erbrachte weitgehende Zustimmung zu vielen Punkten des Gesetzesvorschlages. Kritik zeigte sich an der Legaldefinition der Psychotherapie, die kaum Veränderungen zur Formulierung im derzeitigen Gesetz aufweist und viele Entwicklungen in diesem Feld und insbesondere Tätigkeitsfelder und ihre Besonderheiten in der institutionellen Psychotherapie ignoriert. Als problematisch wird auch die noch völlig ungeklärte Stellensituation in den Kliniken angesehen, in denen nunmehr (bzw. zukünftig nach dem Gesetzentwurf) sowohl Psychotherapeut/innen in Weiterbildung (mit Approbation nach dem neuen Gesetz) als auch Psychotherapeut/innen mit Weiterbildungsabschluss (bzw. Approbation nach dem bisherigen Gesetz) – jeweils mit angemessener tariflicher Einordnung beschäftigt werden müssen, damit die Kliniken ihre Weiterbildungsfunktion erfüllen können. Wie diese Stellen refinanziert werden sollen, bleibt offen. Auch die ambulante Weiterbildung in den Instituten, die ja ebenfalls im Angestelltenstatus erfolgen muss, ist nach dem Gesetzentwurf noch nicht refinanziert. Hier zeigen sich noch Lücken im Gesetzentwurf, die geschlossen werden müssen.

Heiner Vogel

- **Gemeinsame Empfehlung "Qualitätssicherung" der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation am 1.12.18 in Kraft getreten**

Die Gemeinsame Empfehlung „Qualitätssicherung“ der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR) wurde nach gut 15 Jahren angepasst. Dies war u.a. auf Grund von inhaltlichen Weiterentwicklungen bei der Qualitätssicherung in der medizinischen Rehabilitation und auf Grund der zunehmenden Aktivitäten bei der Qualitätssicherung im Bereich der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben (berufliche Rehabilitation) notwendig. Im Kapitel 1 der Empfehlung werden die Grundsätze der externen als auch der internen Qualitätssicherung und in Kapitel 2-3 die Merkmale und Verfahren der externen Qualitätssicherung beschrieben.

Die Empfehlung ist nach Vorliegen der erforderlichen Zustimmungen zum 1.12.2018 in Kraft getreten.

In Bezug auf die interne Qualitätssicherung weist der Paritätische Gesamtverband darauf hin, dass er eine durch die BAR anerkannte "herausgebende Stelle" ist. Mit dem „Paritätischen Qualitäts-Siegel Reha“ steht ein attraktives und niedrigschwelliges Verfahren den Einrichtungen der medizinischen Rehabilitation zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Niedergelassene

- **KBV-Ärztemonitor**

Bereits zum vierten Mal haben die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) und der Verband der niedergelassenen Ärzt*innen Deutschlands (NAV-Virchow-Bund) den Ärztemonitor in Auftrag gegeben. Die Umfrage führte das Institut für angewandte Sozialforschung (infas) durch. Mit rund 11.000 Telefoninterviews ist sie die größte repräsentative Erhebung unter niedergelassenen und angestellt ambulanten tätigen Ärzten und Psychotherapeut*innen in Deutschland. Der aktuelle Ärztemonitor verdeutlicht: Ärzt*innen und Psychotherapeut*innen sind motiviert und engagieren sich für ihre Patient*innen. Die Umfrage zeigt aber auch einen Wandel: Immer mehr Ärzt*innen sind angestellt tätig, die verfügbare Arbeitszeit sinkt. In der aktuellen Studie setzt sich ein Trend der vergangenen Erhebungen fort. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit ist von 56,4 Stunden (2012) auf aktuell 51,1 Stunden gesunken. Niedergelassene Ärzt*innen arbeiten mit 53,3 Stunden pro Woche mehr als zehn Stunden länger als ihre angestellten Kolleg*innen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- Ärztemonitor-Sonderthema Gewalt gegenüber Ärzt*innen**

Der Ärztemonitor liefert erstmalig auch Zahlen zu dem Thema Gewalt gegenüber Ärzt*innen. Demnach sprachen fast 40 Prozent der Ärzt*innen und mehr als 20 Prozent der Psychotherapeut*innen davon, in den vergangenen zwölf Monaten verbale Übergriffe in der Praxis erlebt zu haben. Annähernd jede*r vierte Arzt*Ärztin hat darüber hinaus in der beruflichen Laufbahn Erfahrungen mit körperlicher Gewalt oder psychischer Bedrohung machen müssen. Vier Prozent gaben sogar an, in den vergangenen zwölf Monaten körperliche Gewalt in der Praxis erlebt zu haben. Der NAV-Virchow-Bund fordert, den Straftatbestand „Widerstand gegen oder tätlicher Angriff auf Personen, die Vollstreckungsbeamten gleichstehen“ zu erweitern und Ärzt*innen in Klinik und Praxis mit aufzunehmen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Burnout-Gefahr steigt bei Ärzt*innen und Psychotherapeut*innen**

Die Forscher von infas fragten die Ärzt*innen und Psychotherapeut*innen nach verschiedenen Aspekten ihrer beruflichen Tätigkeit. Rund 90 Prozent der Ärzt*innen und 97 Prozent der Psychotherapeut*innen sind zufrieden mit ihrem Beruf. 99 Prozent der Befragten beider Gruppen empfinden ihre Arbeit als nützlich und sinnvoll. Allerdings gibt es auch hier Schattenseiten: Ein Drittel der Ärzt*innen und mehr als ein Sechstel der Psychotherapeut*innen gaben an, von ihrer Arbeit ausgebrannt zu sein. Des Weiteren gaben 57 Prozent der Ärzt*innen und 32 Prozent der Psychotherapeut*innen an, für die Behandlung von Patient*innen nicht genügend Zeit zu haben. So müssen Ärzt*innen 7,4 Stunden und Psychotherapeut*innen sieben Stunden pro Woche für Verwaltungsarbeit, also Bürokratie, aufbringen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Behandlung von Bundespolizisten - Neues Formular zur Dokumentation der Sprechstunde**

Im Mai 2018 hat die Bundespsychotherapeutenkammer (BPTK) eine Vereinbarung mit dem Bundesinnenministerium geschlossen, nach der Bundespolizisten auch in Privatpraxen behandelt werden können.

Das Verfahren richtet sich nach denselben Vorgaben, die in der gesetzlichen Krankenversicherung gelten und insbesondere in der Psychotherapie-Richtlinie festgelegt sind. Wendet sich ein Bundespolizist unmittelbar an eine Praxis ohne Kassenzulassung, so ist dort - wie im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung auch - grundsätzlich eine psychotherapeutische Sprechstunde durchzuführen. Die Sprechstunde ist mit einem Formular zu dokumentieren, das dem Formular der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) für die gesetzliche Krankenversicherung entspricht (PTV 11 - Individuelle Patienteninformation). Die BPTK stellt hierfür nun ein Formular für die Behandlung von Bundespolizisten in Privatpraxen zur Verfügung, das auf deren Homepage heruntergeladen werden kann.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Regionales

- Modellvorhaben zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe in Baden-Württemberg**

Der Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS) als Träger des Landesjugendamtes in Baden-Württemberg hat erneut für das Haushaltsjahr 2019 400.000 € für die Förderung von Modellvorhaben zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe eingestellt. Durch die Modellvorhaben sollen neue Methoden- und Handlungsansätze erprobt und die daraus gewonnenen Erkenntnisse allen Jugendhilfeträgern zur Verfügung gestellt werden. Für das Landesjugendamt ist besonders wichtig, dass innovative Handlungsansätze zum Tragen kommen, die nicht nur den Aufbau von wirksamen und nachhaltigen Strukturen, sondern auch den Erkenntnistransfer ermöglichen.

Förderschwerpunkte für die Förderperiode 2019 sind erneut:

 - Inklusive Ansätze im Gemeinwesen/im Sozialraum
 - Armuts- und Risikolagen im jungen Erwachsenenalter
 - Demokratiebildung und Aktivierung im Sozialraum

- Integration von Kindern, Jugendlichen und Familien mit Fluchterfahrung
Zuschüsse hieraus können Träger der freien Jugendhilfe, Träger der außerschulischen Jugendbildung, Initiativ- und Selbsthilfegruppen, Land- und Stadtkreise sowie Gemeinden erhalten.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Baden-Württemberg: Broschüre zum Kinderschutz**
Der KVJS hat im Oktober 2018 eine Broschüre zum "Schutz von Kindern in Kindertageseinrichtungen in Baden-Württemberg - Handlungsleitlinie bei Meldungen nach § 47 SGB VIII und Anregungen zur Erstellung von Kinderschutzkonzepten" herausgebracht.
Der Kinderschutz ist eine Aufgabe von öffentlichen und freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe gleichermaßen. In den letzten Jahren hat sich die Aufmerksamkeit für diese Thematik deutlich erhöht. Seit dem Bundeskinderschutzgesetz sind Träger ausdrücklich verpflichtet, zur Sicherung der Rechte der Kinder geeignete Verfahren der Beteiligung sowie die Möglichkeit der Beschwerde konzeptionell zu verankern. Die vorliegende Arbeitshilfe soll Träger dabei unterstützen. Die Erfahrung zeigt, dass bei Anzeichen auf eine Kindeswohlgefährdung verbindlich vereinbarte Regelungen und Verfahrensweisen sowie Entscheidungshilfen für die beteiligten Fachkräfte außerordentlich wichtig sind. Diese Broschüre enthält Informationen über Zuständigkeiten und Verfahrensabläufe und sie gibt Antworten auf praxisrelevante Fragen: Welche Verantwortung und welche Pflichten haben die Träger? Was muss ein Träger wann und wo melden? Wie kann ein Träger ein Schutzkonzept entwickeln? Die Arbeitshilfe gibt auch Anregungen, wie Träger und Fachkräfte präventiv agieren können.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Berlin muss endlich wieder einen gesunden Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) haben**
„Die Politik des Sparens am ÖGD muss endlich ein Ende haben“, fordert PD Dr. Peter Bobbert in einem Interview. Der Marburger Bund Landesvorsitzende Berlin/Brandenburg beklagt einen erheblichen Personalnotstand und benennt die Folgen für die Berliner Bevölkerung: „Spätestens dann, wenn wieder eine Masernepidemie in der Stadt ausbricht, weiß jeder, warum er einen gut funktionierenden ÖGD benötigt.“
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **KV Berlin – Modellstadt für Digitalisierung**
Die Stadt Berlin soll nach Plänen von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn ab 2020 als Modellregion für die Digitalisierung im Gesundheitswesen dienen. Hier sollen digitale Anwendungen getestet, angepasst und verbessert werden, bevor sie bundesweit Einsatz finden. Bis Ende 2022 sollen laut „Tagesspiegel“ 20 Millionen Euro dafür im Haushalt vorgesehen sein. Geplant ist unter anderem eine finanzielle Förderung von Ärzt*innen, die digitale Anwendungen zur Versorgung von Patient*innen nutzen. Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Berlin begrüßte das Vorhaben und sichert Unterstützung bei der Umsetzung zu: „Wir kennen die aktuelle Situation in den Praxen, wissen um die Themen, die die Ärzte in Sachen Digitalisierung umtreiben, und können jede Menge Input liefern, damit sinnhafte Anwendungen keine Insellösungen werden“, so Dr. Margret Stennes, Vorstandsvorsitzende der KV Berlin. Die Wahl Spahns fiel auf Berlin, weil hier eine repräsentative Zahl an Patient*innen sowie die erforderliche IT-Infrastruktur vorhanden sind. Zudem ist die Dichte an Fachärzt*innen, Medizintechniken und Pharmazeut*innen in der Hauptstadt so hoch wie in kaum einer anderen Region.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **KV und Krankenkassen fördern Ansiedlung von Ärzt*innen in Brandenburg**
Die KV Brandenburg und die brandenburgischen Krankenkassen unterstützen auch 2019 wieder die Ansiedlung ambulant tätiger Ärzt*innen finanziell. Darauf verständigten sich die Partner der Selbstverwaltung im gemeinsamen Landesausschuss. Insgesamt 21 Regionen Brandenburgs wurden als Fördergebiete ausgewiesen. Ärzte*innen sechs verschiedener Fachgruppen können dort eine finanzielle Unterstützung von bis zu 55.000 Euro erhalten. Genauere Informationen zu Regionen und Fachgruppen sind in der Pressemitteilung verfügbar.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- Brandenburg: Land hilft Geflüchteten beim Einstieg in Gesundheitsberufe**

Das Modellprojekt „National Matching Brandenburg“ arbeitet intensiv daran, Geflüchtete und Zugewanderte mit Gesundheitsberufen als Fachkräfte an Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen zu vermitteln. In einer Mitteilung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg sagte Gesundheitsstaatssekretär Andreas Büttner, die gezielte Betreuung und Vorbereitung trage dazu bei, Geflüchtete und andere Zugewanderte möglichst schnell wieder in den Beruf zu integrieren. Zugleich helfe das Projekt, dem Fachkräftemangel im Gesundheitswesen zu begegnen. Büttner überreichte am Freitag in Klettwitz einen Förderbescheid für die zweite Projektphase bis Ende 2020 über 310.100 Euro. Bisher, so das Ministerium am Freitag, seien 146 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 29 Ländern in das Projekt eingetreten. 40 seien bisher in Arbeits- oder Ausbildungsverhältnisse vermittelt worden.

Weiter Informationen finden Sie [hier](#).
- Gesundheitsfachkräfte an Bremer Schulen: Modellprojekt gestartet**

Im Bremer Modellprojekt werden seit Beginn des Schuljahres 2018/2019 insgesamt sieben Gesundheitsfachkräfte an zwölf Grundschulen in Stadtteilen mit besonderen sozialen Herausforderungen in Bremen und Bremerhaven eingesetzt. Die Fachkräfte verfügen über eine abgeschlossene Ausbildung zur Gesundheits- und (Kinder-)Krankenpfleger*in und über einen Studienabschluss im Bereich Public Health oder Vergleichbarem. Geleitet wird das Projekt gemeinsam von der LVG & AFS in Kooperation mit der Landesvereinigung für Gesundheit Bremen e. V. und dem Gesundheitsamt Bremen. Die Finanzierung erfolgt im Rahmen der Umsetzung des Präventionsgesetzes durch das Land Bremen (Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz) und die gesetzlichen Krankenkassen im Land Bremen. Ziel der Arbeit der Gesundheitsfachkräfte ist es, das Thema Gesundheit an den Schulen systematisch in den Blick zu nehmen sowie Gesundheitsressourcen von Schüler*innen, Lehrkräften und Eltern zu stärken.

Die Fachkräfte stehen über regelmäßige Austauschtreffen im engen Kontakt miteinander und erarbeiten gemeinsam in Abstimmung mit der Projektkoordination Konzepte. Evaluert wird das Projekt vom Institut für angewandte Versorgungsforschung (inav) in Berlin.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Hessischer Gesundheitspakt 3.0 - Koalitionsvertrag zwischen CDU und B90/Grüne in Hessen**

CDU und Bündnis 90/Die Grünen haben ihre gemeinsame Regierungsarbeit in Hessen erneuert. In ihrem Koalitionsvertrag verweisen sie auch auf den „Gesundheitspakt 3.0“. Mit ihm sicherten sie eine gute, moderne und flächendeckend erreichbare Gesundheitsversorgung in Hessen. Sie nähmen dabei das gesamte medizinische Spektrum in den Blick von der Ausbildung von medizinischen Fachkräften und Ärztinnen und Ärzten, über effizientere Formen der Zusammenarbeit in Gesundheitszentren und Gemeinschaftspraxen sowie mit Versorgungsassistenten und Gemeindeschwestern, dem Ausbau moderner Angebote in Telemedizin und digitalen Angeboten bis zu einer noch besseren Notfall- und Krankenhausversorgung. Zur Sicherung einer würdevollen Pflege für alle Pflegebedürftigen solle die ambulante und häusliche Pflege durch ein breites Programm zur Gewinnung von Pflegekräften gestärkt werden. Mit dem Zukunftsprogramm Geburtshilfe sicherten sie die Hebammenversorgung in Hessen. Gleichzeitig stärkten sie die ambulante und stationäre Palliativversorgung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Nordrhein: Einfluss von Fremdinvestoren in der ambulanten medizinischen Versorgung begrenzen / Elektronische Patientenakte – Beratung zur Nutzung gewährleisten**

Die Ärztekammer Nordrhein fordert, im Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) nachhaltige Regelungen zur Eindämmung von Konzernbildung in der ambulanten Versorgung festzuschreiben, um die aktuelle ambulante Versorgungslandschaft aufrecht zu erhalten. Rudolf Henke, Präsident der Ärztekammer Nordrhein sagte am Mittwoch, in manchen Regionen, besonders in Großstädten, Ballungsräumen und ländlichen, einkommensstarken Regionen, seien alle oder ein Großteil der Arztsitze einer ganzen Fachgruppe (Radiologie, Nuklearmedizin, Dialyse) in der Hand eines Konzerns. Konzerne sollten nicht länger die Möglichkeit haben, die Gründungseigenschaft von Krankenhäusern zu missbrauchen, um MVZ ohne fachlichen und regionalen Bezug zu einem Krankenhaus zu gründen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Termine – DGVT-Fortbildung

- **Paartherapie - Aufbauseminare - Seminar 1: Außenbeziehungen, Affären, Untreue als Thema in der Paartherapie**
Start der Reihe: 22. Februar 2019 in Berlin
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Paartherapie - Aufbauseminare - Seminar 2: Ältere Paare in der Paartherapie**
15.-16. März 2019 in Berlin
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Weiterbildung in Lauftherapie zum / zur Lauftherapeut*in**
Start der Reihe: 16.-17. März 2019 in Würzburg
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Psychosenpsychotherapie (DGVT)**
Start der Reihe: 16.-17. März 2019 in München
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Psychopharmakologie**
23. März 2019 in Dortmund
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Paartherapie - Aufbauseminare - Seminar 3: Erfahrungs- und körperorientierte Interventionen in der Paartherapie**
29.-30. März 2019 in Berlin
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Smart therapy - Internet und APPs in der psychotherapeutischen Behandlung**
30. März 2019 in Köln
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Überwindung chronischen Aufschiebeverhaltens**
30. März 2019 in Hannover
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Akzeptanz- und Commitment Therapie (ACT) – Aufbau**
05.-06. April 2019 in Frankfurt a. M.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Paartherapie - Aufbauseminare - Seminar 4: Emotionsfokussierte Paartherapie: Ansatz und Interventionen**
03.-04. Mai 2019 in Berlin
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Gruppenverhaltenstherapie**
04. Mai 2019 in Hannover
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Einführung in transgenerationale Übertragungen**
04.-05. Mai 2019 in Hamburg
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Traumatherapie (DGVT)**
Start der Reihe: 04.-05. Mai 2019 in München
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Termine – DGVT-BV-Fortbildung

- **Approbation - was nun?**
06. April 2019, von 13:00 Uhr bis 17:30 Uhr in Münster.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Approbation - was nun?**
18. Mai 2019 (Samstag), von 13:00 Uhr bis 17:30 Uhr in Dresden.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Praxisgründung**
27. Juli 2019, von 10:00 Uhr bis 17:00 Uhr in Hamburg.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Praxisgründung**
26.10.2019, von 10:00 Uhr bis 17:00 Uhr in Frankfurt.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Praxisgründung**
16. November 2019, von 10:00 Uhr bis 17:00 Uhr in München.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Wirtschaftliche Praxisführung**
29.-30. November 2019, am Freitag von 16:00 Uhr bis 20:00 Uhr und am Samstag von 09:00 Uhr bis 17:00 Uhr in Hamburg.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Liegt Ihnen ein besonderes Thema am Herzen, das noch nicht in unserem Fortbildungsangebot vorhanden ist?

*Dann melden Sie sich als Referent*in mit Ihrer ausführlichen Seminarbeschreibung bei Milana Kirsch unter fortbildung@dgv.de.*

Wir freuen uns auf Ihre Ideen und helfen Ihnen gerne, diese als Seminar umzusetzen!

Termine der Landesgruppen

- **Berlin**
Der nächste Stammtisch für DGVT-Mitglieder findet am 4. März um 19.30 Uhr im DGVT-Ausbildungsinstitut KJP (Innsbrucker Str. 14-15, 10825 Berlin) statt. Eine detaillierte Einladung folgt.
- **Hamburg**
Das quartalsmäßige Familientreffen für DGVT-Mitglieder findet am Montag, 18. März 2019 um 19:00 Uhr im DGVT-Ausbildungszentrum, Seewartenstr. 10, Raum Tübingen statt. [Hier](#) finden Sie die detaillierte Einladung.

Weltkongress für Verhaltenstherapie – Frühbucherrabatt bis zum 28. März 2019

9. Weltkongress für Verhaltens- und Kognitive Therapien „Cognitive and Behavioural Therapies at the Crossroads“, 17. - 20. Juli 2019 CityCube, Berlin

2019 wird der Weltkongress für Verhaltens- und Kognitive Therapien (WCBCT) erstmals in Deutschland zu Gast sein. Seit dem ersten Weltkongress 1995 in Kopenhagen findet dieser alle 3 Jahre statt, in Europa zuletzt 2007 in Barcelona. Der Weltkongress 2019 wird von der „European Association of Cognitive and Behavioral Therapies“ (EABCT) in enger Zusammenarbeit mit der DGVT und der Unterstützung anderer deutschsprachiger Verbände aus Deutschland, Österreich und der Schweiz durchgeführt.

Der Kongress wird **über drei Tage hinweg stattfinden, von Donnerstag, 18. Juli bis Samstag, 20. Juli 2019**. Zudem werden am **Mittwoch, den 17. Juli 2019** ca. 30 Pre-Congress-Workshops im Programm sein. Die offizielle Kongresssprache ist Englisch. Es werden jedoch auch ungefähr 15% des Programms

auf Deutsch angeboten. Zudem wird die Akkreditierung bei der Psychotherapeutenkammer Berlin beantragt, sodass Fortbildungspunkte gesammelt werden können.

Das Kongresssthema „**Cognitive and Behavioural Therapies at the Crossroads**“ trägt dem Umstand Rechnung, dass sich die kognitive Verhaltenstherapie sehr schnell und in viele verschiedene Richtungen entwickelt. Wir könnten uns daher an einem Scheideweg befinden, was die Aufrechterhaltung der Einheit von Theorie und Praxis betrifft.

Das Kongressprogramm wird folgende Formate beinhalten:

- 30 eingeladene Pre-Congress-Workshops
- 40 eingeladene Hauptvorträge
- 20 parallel stattfindende wissenschaftliche Veranstaltungen jeden Tag
- Symposien, Diskussionen, Klinische Round-Tables etc.
- Open Paper Sessions zu verschiedenen Themen
- 40 In-Kongress Workshops
- Postersessions
- technische und Software-Demonstrationen
- eine große Zahl an Ausstellern

Auf der Homepage www.wcbct2019.org ist bereits das Preliminary Programme (vorläufiges Programm) mit allen Invited Addresses und Pre-Congress-Workshops veröffentlicht.

Anmeldung: Die Anmeldung zum Kongress kann unter www.wcbct2019.org erfolgen. **Der Frühbucherpreis wurde bis zum 28. März 2019 verlängert.** DGVT-Mitglieder können sich vergünstigt als Member Association anmelden.

Wir freuen uns auf einen spannenden Kongress 2019 in Berlin!

Und „last not least“

- **Einführung eines dritten Geschlechts ins Geburtenregister**
Am 13. November 2017 hat das Bundesverfassungsgericht die Einführung eines dritten Geschlechts ins Geburtenregister entschieden. Ab Januar 2019 wird neben "männlich" und "weiblich" auch die Auswahl „divers“ auf Behördenformularen erscheinen. Auch die DGVT möchte ihren Mitgliedern die Möglichkeit geben, den Eintrag ihrer Geschlechtszugehörigkeit in unserer Mitgliederdatei zu ändern. Falls Sie von der Möglichkeit Gebrauch machen wollen, schreiben Sie uns unter dgvt@dgvt.de.